

Neue Gesetze und alte Probleme

Seit 2008 gelten für deutsche Landwirte beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen die Vorgaben des novellierten Gentechnikgesetzes und die Verordnung zur guten fachlichen Praxis. Trotz eines nunmehr verbindlichen Rechtsrahmens haben sich allerdings weder die politische Diskussion noch die Anbaubedingungen für die Landwirte entscheidend verbessert. Während weltweit die Anbauzahlen gentechnisch veränderter Pflanzen weiter voranschreiten, manifestiert Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner mit dem nationalen Anbauverbot von MON810 die fortschrittsfeindliche Gentechnikpolitik der großen Koalition.

Mit der Verabschiedung des Gentechnikgesetzes und der Verordnung zur guten fachlichen Praxis im April 2008 hat die Bundesregierung den Kurs für die Zukunft der Grünen Gentechnik festgelegt. Neben wenigen Verbesserungen in der Forschung überwiegen praxisferne, bürokratische Anforderungen. Die Haftungsfragen konnten auch im neuen Gesetz nicht ausreichend präzisiert werden. Zudem zeichnen sich weitere Hürden für den praktischen Anbau an anderen Stellen ab: Die wissenschaftlich unbegründeten Mindestabstände von 150 Meter zu konventionellen bzw. 300 Meter zu ökologischen Maisfeldern haben vor allem im Süden Deutschlands dazu geführt, dass Anbauvorhaben aufgegeben wurden. In Brandenburg fordern Naturschutzbehörden einen 800 Meter-Abstand der Anbauflächen zu FFH-Gebieten mit Verweis auf einen von der Bundesregierung im Gentechnikgesetz offen gelassenen Interpretationsspielraum.

Standortregister verfehlt den Zweck

Das nach wie vor flurstückgenaue Standortregister dient nicht überwiegend dem Zweck der Information berechtigter Kreise, sondern führt

Mit dem Anbau von Bt-Mais wird dem Schaden durch Maiszünslerräupen vorgebeugt



Feldzerstörer systematisch an die GVO-Flächen heran. Mit insgesamt 25 Feldzerstörungen und einer Vielzahl von Feldbesetzungen und daraus resultierenden Versuchsaufgaben sind die Folgen für den Standort Deutschland verheerend. Der Einschnitt in die Forschungsfreiheit wurde von Teilen der Politik billigend in Kauf genommen. Trotz dieser Bedingungen haben in 2009 Landwirte auf immerhin 3.640 Hektar den Anbau von Bt-Mais gemeldet.

Aktuelle politische Debatte gefährdet Forschungsfreiheit

Die aktuelle politische Debatte zum Anbauverbot und Einschränkungen von Forschungsvorhaben bergen große Gefahren für den Innovationsstandort Deutschland. Das Anbauverbot von MON 810 wird als Wahlkampfakt angesehen. Der damit provozierte Imageschaden sowie die Ankündigung der CSU, Forschungsprojekte mit gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern nur in Gewächshäusern durchzuführen und Langzeitversuchsprojekte sogar zur Sicherheitsforschung komplett aufzugeben, stellen nicht nur die Potenziale einer neuen Technologie zur Disposition, sondern auch Deutschlands Wirtschafts- und Wissenschaftskompetenz. Der BDP ist in einen intensiven Dialog mit den Behörden und Ansprechpartnern getreten und fordert eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Grüne Gentechnik.

EU-Aktivitäten – noch immer keine Lösung bei Saatgutsschwellenwerten

Die EU hat sich ebenfalls intensiv mit der Grünen Gentechnik beschäftigt. Auf Initiative von Kommissionspräsident Barroso wurde eine Arbeits-



gruppe der Regierungschefs (Sherpa-Gruppe) eingesetzt, die sich mit Handelsfragen, Genehmigungsverfahren, Akzeptanzsituationen und nicht zuletzt mit der politischen Frage auseinandergesetzt hat, wie die gegenseitige Blockade von Rat, Kommission und Ministerrat aufgehoben werden kann. Auch wenn die Ergebnisse nicht konkret und nicht öffentlich sind, kann doch von einem anderen Niveau zur Entwicklung einer weitsichtigen Politik ausgegangen werden, als dies vom Umweltrat und Umweltkommissar Dimas bisher demonstriert wurde. In einem ersten Zwischenbericht hat die Sherpa-Gruppe an die Kommission schon auf den enormen Schaden für die europäische Landwirtschaft hingewiesen, der durch das verzögerte Genehmigungsverfahren entsteht. Außerdem wird der Kommission empfohlen, nicht nur NGO's die Meinungsbildung bei Verbrauchern zu überlassen, sondern eine eigene Informationskampagne zu initiieren.

Auch der Umweltrat fühlte sich unter der französischen Ratspräsidentschaft motiviert, seinerseits ebenfalls eine ad-hoc Arbeitsgruppe einzusetzen. In seiner finalen Stellungnahme bestätigt der Umweltrat das EU-Genehmigungsverfahren als wirksames Instrument zur Sicherheitsbewertung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Die Arbeitsgruppe hat zudem klargestellt, dass gentechnikfreie Zonen nur auf freiwilliger Basis und in Übereinstimmung mit EU- und nationaler Gesetzgebung gegründet werden können.

Von besonderer Bedeutung für die Branche ist die Feststellung der Notwendigkeit europäischer einheitlicher Saatgutsschwellenwerte. Diese sollen laut Umweltministerrat auf wissenschaftlicher Basis festgelegt und möglichst niedrig, aber gleichwohl praktikabel, verhältnismäßig und funktional für alle wirtschaftlich Beteiligten sein. Der BDP und der europäische Dachverband unterstützen diese Forderung. Nach über 10 Jahren Stillstand ist eine schnelle Lösung für Saatgutsschwellenwerte gefordert.

GVO-Trend weltweit ungebrochen

Während in Deutschland und Europa die politischen Diskussionen um die Grüne Gentechnik anhalten, schreitet die moderne Technologie weltweit weiter voran. Nach Angaben des ISAAA (International Service for the Acquisition of Agri-biotech Application) stieg der Anbau von 114 Mio. Hektar im Vorjahr auf insgesamt 125 Mio. Hektar 2008 an. In mittlerweile 25 Ländern werden von 13,3 Mio. Landwirten hauptsächlich gentechnisch veränderter Mais, Soja, Baumwolle und Raps angebaut. Erstmals wurde 2008 eine herbizidtolerante Zuckerrübe in den USA und Kanada auf 258.000 Hektar angebaut. In Australien ist laut ISAAA zum ersten Mal herbizidtoleranter Raps ausgesät worden. Auch in der EU ist die Fläche in sieben Anbauländern um 21 Prozent gewachsen. Die ISAAA schätzt die Fläche weltweit bereits im Jahr 2015 auf insgesamt 1 Mrd. Hektar.

In Europas erstem Schaugarten für gentechnisch veränderte Pflanzen in Üplingen (Landkreis Börde) werden auf einer 1,2 Hektar großen Demonstrationsfläche gentechnisch veränderte Maissorten und Kartoffeln sowie Energiepflanzen gezeigt